



KORNWÄRTS



Zeitung der Sozialistischen Linkspartei ★ Nr. 122 September 2002 ★ Preis: EUR 0.80

Katastrophe Kapitalismus

Im September findet in Salzburg das diesjährige Europatreffen des WEF (World Economic Forum = Weltwirtschaftsforum) statt. Auch heuer wird es massive Proteste geben, aber vor einem veränderten Hintergrund: Die Krise der Weltwirtschaft und der Zunahme von Kämpfen der ArbeiterInnenbewegung.

VON SONJA GRUSCH,
SLP WIEN-NORD

Das WEF zählt zu den wichtigsten Treffen des internationalen Kapitals. Seine Selbstdarstellung: „Das WEF ist eine unabhängige internationale Organisation die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Lage der Welt zu verbessern. Das Forum stellt ein Netzwerk für die Zusammenarbeit für die Anführer der Welt dar...“ Unabhängig ist das WEF von den Bedürfnissen der Menschen. Regierungsvorteile dürfen zwar teilnehmen, aber nur als Befehlsempfänger. Im Zentrum stehen die Interessen der Großunternehmen. Unter den mehr als 1000 Mitgliedern im WEF finden sich u.a. ABB, Citibank, Coca Cola, CNN, Exxon, Ford, General Motors, Mobil, McDonalds, Microsoft, Manpower, Nike, Nestle, Shell, Siemens, Price Waterhouse. Österreichs Wirtschaft ist u.a. mit Bank Austria, OMV, VA-Tech, Swarovski und Stronachs Magna vertreten. Was diese Unternehmen unter „Verbesserung der Lage der Welt“ verstehen: Kindersklaven arbeiten für Nestle, Shell und die OMV haben kein Problem mit Menschenrechtsverletzungen, um in Nigeria bzw. dem Sudan an Öl zu kommen und in Stronachs Unternehmen haben es GewerkschafterInnen schwer.

WEF TRIFFT UNS ALLE!

Viele Regierungsmaßnahmen der letzten Jahren sind letztlich auf die Treffen des internationalen Kapitals zurückzuführen. IWF, Weltbank, WEF, G8 und WTO dienen alle dem Zweck, die Anlege-

und Verwertungsbedingungen für das Kapital zu verbessern. Die Privatisierungen seit den 80ern, der Sozialabbau, die Liberalisierung von Märkten sowie die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte folg(t)en ihren Konzepten. In Österreich bedeutete das z.B. den Ausverkauf der Verstaatlichten mit zehntausenden Arbeitslosen, die Einführung von Studien- und Ambulanzgebühren, die Verschlechterungen für Arbeitslose und PensionistInnen. Heuer hat das WEF drei Themenschwerpunkte:

- Wie die europäische Wirtschaft konkurrenzfähiger werden kann,
- die Osterweiterung und
- Sicherheitsthemen.

Das klingt auf erste harmlos, muß aber vor dem Hintergrund der weltweiten Entwicklung und der Erfahrungen mit dem WEF betrachtet werden. Nach dessen Vorstellung wird die Konkurrenzfähigkeit z.B. durch den Abbau des Kündigungsschutzes wie in Italien erhöht. Die Vorschläge der deutschen Hartz-Kommission, die Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose weiter aufzuweichen und die dem



gespart werden. Und unter Sicherheit verstehen sie den Schutz ihrer Investitionen, ihrer Treffen und ihrer Unternehmen vor Demonstrationen und Streiks.

WIDERSTAND GEGEN NEOLIBERALISMUS UND KAPITALISMUS

Heute können sich die GroßkapitalistInnen nirgends mehr treffen, ohne mit massivem Widerstand konfrontiert zu werden. Bis jetzt sind es v.a. Jugendliche, die

bauen. In Spanien und Griechenland fanden ebenfalls Generalstreiks statt und die deutschen MetallarbeiterInnen haben einen Arbeitskampf um Lohnforderungen geführt. Der Klassenkampf ist inzwischen bis Österreich gekommen und richtet sich gegen die neoliberale Politik. Der Streik der LehrerInnen (in Vorarlberg) und der Universitätsbeschäftigten richtete sich gegen die Kürzungen im öffentlichen Dienst und bei der Bildung. Beides sind Maßnahmen, die den Vorstellungen des WEF zur

angeknackst ist. Nach den Einbrüchen in den einstigen Wachstumsmärkten kam der Enron-Skandal, bei dem der Gewinn um 586 Mio. Dollar zu hoch angegeben wurde. Es folgte die Bilanzfälschung bei Worldcom, dem zweitgrößten Telekomkonzern der USA mit 3,9 Mrd. Dollar. Zusätzlich gibt es eine Pleitewelle, z.B. in Deutschland wieder der deutsche Bauriese Holzmann sowie das Medienimperium Kirch. Dazu noch ungläubliche Bereicherung durch Unternehmer und Manager, die Aktien abstoßen, um zu verdienen und gleichzeitig zum Kauf derselben anregen. Der Tyco-Chef ließ sich einen Duschvorhang um 6000 Dollar aus Firmengeldern finanzieren... Das Vertrauen von Millionen AmerikanerInnen, die ihre Altersvorsorge in Aktien gesteckt und verloren haben, ist dahin. Das Vertrauen von 23.000 Holzmann-Beschäftigten und von 17.000 Enron-Beschäftigten, die entlassen werden, ebenfalls. Da werden auch Schwüre von Vorständen und Finanzchefs der Großkonzerne nichts ändern. Es wundert nicht, wenn Martin Wolf in der deutschen Financial Times vom 4.7. meint „Rettet den Kapitalismus“. Wir meinen - seine Unfähigkeit hat der Kapitalismus bewiesen, geben wir ihm den Todesstoß.

In Salzburg findet ein Treffen statt, das uns alle betrifft! Was dort diskutiert wird, schlägt sich in den nächsten Angriffen der Regierung nieder. Daher: Auf nach Salzburg, denn der Kapitalismus und seine Institutionen müssen bekämpft werden. Jetzt bei der SLP anmelden unter 01-524 63 10 oder slp@slp.at Daher: Jetzt bei der SLP organisieren, denn eine andere, eine sozialistische Welt ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich.



Der Himmel wird ihm auch nicht helfen: Widerstand und Krise beuteln den Kapitalismus ordentlich durcheinander.

Arbeitsamt die Möglichkeit zu geben, Arbeitslose als LeiharbeiterInnen zu vermitteln, entsprechen WEF-Vorstellungen. Die angespannte Situation der Weltwirtschaft macht die Osterweiterung immer notwendiger - die Märkte sollen für ausländische Unternehmer vollständig geöffnet werden, lästige Konkurrenz beseitigt und durch billigere Arbeitskräfte bei Lohnkosten

gegen die brutale und menschenverachtende Politik dieser Institution auf die Straße gehen. Aber auch ArbeiterInnen und Angestellte, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und die Gewerkschaften haben begonnen, gegen ihre Politik mobil zu machen. Der Generalstreik in Italien mit 13 Millionen Beteiligten richtete sich gegen ihre Versuche, ArbeitnehmerInnenrechte abzu-

Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit entsprechen. Die Beschäftigten bei den Postbussen wehrten sich mit ihrem Streik gegen die Zerschlagung des Unternehmens. Aufsplitterungen wie bei der Post erfolgen nach Vorstellungen des WEF unter den Schlagwörtern „Privatisierung“ und „Liberalisierung“. Anders ist heute, das das Vertrauen in den Kapitalismus stark

österreich

Blau-Schwarz & die Flut

Seite 2

schwerpunkt

Krieg & Frieden

Seiten 4/5

international

Aufbruch in Lateinamerika

Seite 7

Der Standpunkt



Die FPÖ wird die Geister, die sie rief, nun nicht mehr los. Der Populismus, lange ein nützliches Instrument, wird zur Gefahr für FPÖ und Teile der Bourgeoisie. Die Konflikte zwischen Regierungsmannschaft und Populisten gehen diesmal weiter als zuvor. Eine Lösung des Problems FPÖ ist das aber nicht. Das Wechselspiel zwischen Populisten und Pragmatikern war das Erfolgsrezept der FPÖ in den 80ern und 90ern. Die Pragmatiker vertreten neoliberale Konzepte und sichern die

Haider und die FPÖ

von Sonja Grusch

Unterstützung der Wirtschaft, die Populisten sorgen für WählerInnenstimmen. In der Vergangenheit waren die Konflikte zwischen Kärnten und Wien vor allem Taktik, um alle bei der Stange zu halten. Angesichts der Rezession schafft die FPÖ den Spagat nun nicht mehr. Die Krise läßt alle Versprechen der Regierung (Null-Defizit, Steuerreform) wie Luftblasen zerplatzen und die sozialen Probleme spitzen sich zu. Nimmt der Populismus in solch einer Situation überhand, ist das (siehe Osterweiterung und Steuerreform) ein Problem für die Bourgeoisie. Eine Krise der FPÖ bedeutet aber nicht automatisch das Ende der FPÖ und insbesondere nicht des Rechtspopulismus. Die Kärntner Freiheitlichen drohen seit längerem mit einer Abspaltung, mit einer Art österreichischer CSU, oder vielleicht auch einer "Lega Carinthia". Eine Spaltung würde die FPÖ zweifellos schwächen. Eine Haiderpartei könnte aber unbelastet von der Regierungspolitik und mit rechtem Populismus, der selbst den "alten" Haider in den Schatten stellt, die frustrierten WählerInnen der FPÖ um ein noch rechteres Programm mit Regionalpatriotismus und Law&Order scharren. Auch wenn eine solche Partei nicht in der Regierung wäre, könnte sie die Regierungspolitik maßgeblich bestimmen. Haider hat das in den 90ern mit "seinem besten Mann", Innenminister Löschnak (SPÖ), vorgemacht. Um die Rechte zu Schwächen müssen Alternativen aufgebau werden. Keine Scheinalternativen wie SPÖ und Grüne, die in Deutschland den neusten Angriff auf Arbeitslose fahren. Unterschiede zur Regierung in Österreich muss man mit der Lupe suchen. Eine sozialistische Alternative ist nötig, die der „gemäßigten“ und extremen Rechten kontern kann; ein Programm für ArbeitnehmerInnen, Jugendliche, Frauen und ImmigrantInnen und eine klassenkämpferische Politik.

Hochwasserkatastrophe in Europa

Sagt die Regierung: „Danke, Petrus!“?

Das Hochwasser war für Millionen eine Katastrophe. Auch CWI-Mitglieder stehen vor überschwemmten Häusern, die tschechische Sektion hat ihre Zentrale verloren. Die SLP ist solidarisch mit den Opfern und fordert umfassende Hilfe.

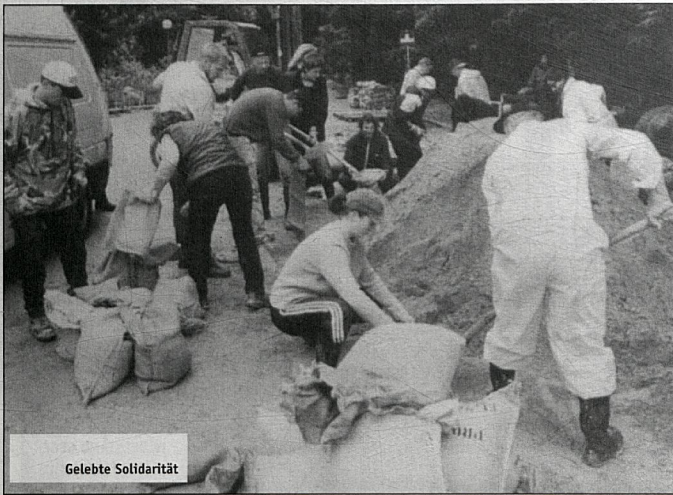
RESOLUTION DER SLP-BUNDESLEITUNG

Die Zerstörung der Umwelt durch einen menschen- und umweltfeindlichen Kapitalismus ist die Ursache. Ihn interessieren nur Profite. Gletscher und Pole schmelzen ab, das Klima verändert sich, es kommt zu Dürre und Überschwemmungen. Dauerhafte Regenfälle werden zur Katastrophe, wenn Flüsse begradigt und keine Überlastungsgerinne vorhanden sind. Häuser werden aus Profitgründen zu nahe an Flüsse gebaut werden und bei der Instandhaltung der Dämme und beim Katastrophenschutz wird gespart. In Deutschland mehren sich die Vorwürfe, dass bei privatisierten Staubecken aus Profitgründen das Wasser zu spät abgelassen wurde, was erst zu den katastrophalen Überschwemmungen führte. Über hundert Tote in Europa, Tausende in Asien, Hunderttausende haben alles verloren. Von einem möglichen Dammbrechung am Jangtse in China wären 10 Millionen betroffen. In Tschechien droht durch das Chemiewerk Spolana eine Umweltkatastrophe, es besteht Seuchengefahr.

VOR DEM WASSER

SIND NICHT ALLE GLEICH
Welche materiellen Reserven haben Menschen, wie viel bekommen sie von Versicherungen? Da gibt es Unterschiede. Die Hilfe von Regierungen und EU ist mangelhaft und vom Katastrophenfonds sehen die Opfer wenig, der Großteil kommt Unternehmen zu gute. Zusätzlich erhält die Wirtschaft Steuergeschenke. Billa nutzt das Mitleid der KundInnen für eine großangelegte und kos-

tengünstige Werbekampagne. Die Regierung missbraucht das Leid, um sich von Versprechen zu verabschieden. Die Steuerreform wird auf Eis gelegt - insbesondere jener Teil, der eine Entlastung kleinerer Einkommen bedeutet



Gelebte Solidarität

hätte. Weiters ergreift sie die Chance, an den Abfangjägern festzuhalten, jedoch auf die Stimmungslage zu reagieren und den Ankauf von 24 auf 18 Stück zu reduzieren. Die SLP fordert 0 Euro für 0 Abfangjäger!

WELLE VON SOLIDARITÄT

Die Hilfsbereitschaft ist überwältigend und zeigt, dass von einer „Endsolidarisierung“ der Gesellschaft keine Rede sein kann. Die 55.000 Freiwilligen, die in Österreich in ihrer Freizeit geholfen haben, haben nicht nur keinen Euro dafür erhalten, sondern mussten sich sogar Urlaub nehmen. Hat Billa seinen betroffe-

nen Beschäftigten zusätzlichen bezahlten Urlaub gegeben? Die SLP fordert eine umfassende Hilfe für die privaten Opfer, finanziert unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (woraus dann künftig Gelder für Sozialpolitik vorhanden wären). Die österreichischen Versicherungen werden bei Privaten im Regelfall nur 3500 bis

ge Kredite an, Versicherungen erhöhen die Prämien. Welche Wahl haben die Betroffenen? Statt Sondersteuer und „Preisnachlässen“ bei Baumärkten und Möbelhäusern (ein Kundenfang, der durch Preiserhöhungen in der Zukunft hereingeholt wird und ohnehin ein Bestandteil des Schlussverkaufs ist), fordert die SLP eine sofortige Abschaffung

schiedenen Gelder, Spenden und Steuern, mit denen die Regierung den Katastrophenfonds speist, werden zum überwiegenden Teil von der ArbeiterInnenklasse bezahlt. Die SLP fordert die Vergesellschaftung der Bauwirtschaft. Denn es ist unser Geld und unsere Infrastruktur. Warum sollen Wenige an der Notlage von Zehntausenden verdienen?

„NATIONALE EINHEIT“ IST BETRUG

Die SLP stellt sich gegen die „Nationale Einheit“ und den Nationalismus, wie sie aus der Regierung postuliert werden. Die österreichischen Opfer können nicht gegen jene in der „3. Welt“, Spenden hier nicht gegen Entwicklungshilfe ausgespielt werden. Die „Nationale Einheit“ bedeutet, die Wirtschaft auf Kosten der Betroffenen zu sanieren. Die Leiden der Opfer werden mißbraucht, um bei niedrige KV-Abschlüsse zu erzielen, den Gewerkschaften „Egoismus“ vorgeworfen - aber die überwiegende Anzahl der Opfer sind ArbeitnehmerInnen und werden von Lohn/Gehaltserhöhungen direkt profitieren. Wir fordern, dass Betroffene und die ArbeiterInnenklasse selbst entscheiden und Maßnahmen in ihrem Sinne, und nicht im Interesse der Konzerne, setzen. Unternehmer, Großgrundbesitzer und die Besitzer von Zinshäusern sollen nur auf Grundlage erwiesener Bedürftigkeit entschädigt werden. Die vergesellschafteten Betriebe müssen demokratisch von Komitees verwaltet werden, die sich aus Betroffenen, Beschäftigten und VertreterInnen von Arbeiterkammer und Gewerkschaften zusammensetzen. Nur sie können Korruption verhindern und gewährleisten, dass die Opfer wirklich Hilfe erhalten.

Wien, den 25. August 2002

7500 Euro zahlen. Sie haben bereits angekündigt, die Prämien zu erhöhen (wegen der drohenden Auszahlungen), aber auch wegen ihrer Probleme durch die Kursrückgänge an den Börsen aufgrund der Probleme der Weltwirtschaft). In Deutschland zahlen fast alle Versicherungen nichts. Die SLP fordert die Vergesellschaftung der Banken und Versicherungen: sie haben sich nicht nur als unfähig erwiesen, die Menschen wirklich zu versichern (selbst 7500 Euro sind beim Verlust eines Hauses ein Hohn), sondern versuchen auch noch, an der Katastrophe zu verdienen. Banken bieten „günsti-

der Mehrwertsteuer. Dies käme den KonsumentInnen zu gute. Wo Menschen obdachlos geworden sind, ist die umgehende Bereitstellung von kostenlosem bzw. günstigem Wohnraum notwendig. Dazu müssen leerstehende Wohnungen und Häuser umgehend beschlagnahmt und den Opfern zur Verfügung gestellt werden. Die Bauwirtschaft hofft bereits auf einen „Impuls“, denn auch die Schäden im öffentlichen Bereich (Straßen, Bahn) werden gegen gutes Geld von Privaten repariert. Der Wiederaufbau, besonders der Infrastruktur, wird vor allem von der ArbeiterInnenklasse finanziert. Denn die ver-

Erfolgreiche Anti-Nazi-Demo in Salzburg!

SWI ist nun auch in Salzburg aktiv

Schon seit einigen Monaten gibt es in Salzburg eine noch kleine aber engagierte Gruppe von Jugendlichen, die sich aktiv an der Arbeit von SWI (Sozialistischer Widerstand International) beteiligen. Unsere bisherigen Aktionen reichten von einem Infostand am Bahnhofsvorplatz zum Thema „Kürzungen im Bildungsbereich“, über öffentliche Diskussionen u.a. zu den Themen „Alternativen zum Kapitalismus“ und „Le Pen und Haider – Gefahr für Europa“ mit einer Aktivistin aus Frankreich, bis hin zur Beteiligung an der 1.Mai-Demo. Außerdem wurden Salzburgs Jugendliche zum antikapitalistischen Kongress im April nach Wien eingeladen. Unsere jüngste Aktion war die erfolgreiche Anti-Nazi-Demo am 3. August.



VON JOHANNA HARMS, SLP-SALZBURG

Die „Kameradschaft Germania“, eine rechtsextreme Organisation, hatte per Internet zu einer Kundgebung am Bahnhofsvorplatz in Salzburg „Gegen linke Gewalt“ aufgerufen. Wir haben

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kärntnerstr.14/11, Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, DVR: 0820202

den Platz noch vor den Neonazis besetzt und eine Antifa-Kundgebung angemeldet. Schon einige Wochen vor dem geplanten Termin versuchten wir, möglichst viele Leute zur Gegendemo zu mobilisieren. Nur gemeinsam können wir den Faschisten zeigen, dass sie in Salzburg genauso wenig erwünscht sind wie anderswo. Die Untersegung der Nazi-Demo und besonders unsere Demo haben das erreicht.

VERLASS AUF DIE POLIZEI!

An dieser Stelle war es unverantwortlich von der Salzburger KPÖ, es aufgrund dieses Verbots nicht mehr für notwendig zu halten, eine Demo zu organisieren und das Demobündnis aufzulösen. Man kann sich bei Neonazi-Treffen nicht darauf verlassen, dass die Polizei uns „beschützt“ und dafür sorgt, die Faschisten von den Straßen zu entfernen. Spätestens nach den Ereignissen vom 13.4. in Wien sollte das eigentlich jedem/r klar sein.

Trotz dieser Komplikationen beteiligten sich letzten Endes bis zu 150 DemonstrantInnen an der lautstarken Demo. SWI nutzte die Gelegenheit, um auch über andere aktuelle Themen zu berichten und lud anschließend an die Demo zu einer Nachbesprechung und Diskussionsrunde ein, bei der unter anderem über die Kampagne von SWI/SLP zur Verteidigung von Frauenrechten gegen militante Abtreibungsgegner informiert wurde. Von 24, bis 25.08 halten sich die

Aktivistinnen der „Pro-Life“-Bewegung, eine Organisation von radikalen Abtreibungsgegnern, in Salzburg auf. Sie belästigen Frauen vor Abtreibungskliniken und sind auf der ganzen Welt aktiv. SWI/SLP nutzen daher dieses Wochenende in Salzburg zu Aktionen gegen „Pro Life“. Last but not least steht natürlich der WEF-Gipfel in Salzburg im Mittelpunkt unserer Arbeit.

SPENDE ERBETEN AN:

PSK 88.12.733

Heißer Herbst?

Öffentlicher Dienst bleibt weiter unter Beschuss!

Eine brennende und viel diskutierte Frage der letzten Wochen war: Kommt eine Steuerreform oder kommt sie nicht? Mit der Hochwasser-Katastrophe ist für die blauschwarze Regierungsrige die Entscheidung gefallen, eine Steuerreform erst nach den nächsten Wahlen anzugehen. Dafür sind Schüssel und Riess-Passer auch bereit, das Leid der Opfer noch weiter zu strapazieren, um damit ihre Entscheidung rechtfertigen zu können. Auf der anderen Seite gibt es in FPÖ (Jörg Haider) und ÖVP (Christoph Leitl) nicht unbedeutende Kräfte, die eine Steuerreform noch vor den Wahlen wollen. Egal wann und ob die Steuerreform nun kommt; eins steht fest: Geld wird diese Regierung brauchen!

VON MICHAEL GEHMACHER,
SLP WIEN WEST

Geld für eine Steuerreform, für eine neues Nulldefizit, für Kriegsjets, für sonstige Aufrüstung des Heeres oder für die Opfer der Hochwasserkatastrophe. Doch woher nehmen? Der ungeheure Reichtum, den einige wenige Privatpersonen besitzen, wird mit Sicherheit kaum angetastet werden. Und auch jene Unternehmen, die hohe Gewinne einfahren, aber trotzdem kaum Steuern zahlen, brauchen von dieser Regierung nichts befürchten.

WOHER NEHMEN, WENN NICHT...?

Wenn also das Geld nicht dort geholt wird, wo es wirklich liegt (Banken, Konzerne, Spitzenverdiener etc.), bleiben nicht mehr allzu viele Möglichkeiten. Mit Sicherheit werden die Angriffe auf den öffentlichen Dienst und den Rest des „Sozialstaats“ weitergehen. Insbesondere Post und Bahn scheinen auf der schwarzen Liste der Regierung ganz oben zu stehen. So beschimpft Finanzminister

Grasser bei fast jeder Gelegenheit die ÖBB als ein „Fass ohne Boden“.

Und natürlich wird auch wieder fest in unsere Geldtaschen gegriffen werden. Mit der einen Hand wäre in Form der Steuerreform ein bisschen gegeben worden, mit der anderen durch Preiserhöhungen z.B. bei den ÖBB, mehr Selbstbehalte etc. insgesamt aber mehr genommen. Also ganz klar: Umverteilung von unten nach oben!

ZWEI FLIEGEN MIT EINEM SCHLAG

Aber auch, wenn es zu keiner Steuerreform kommt, bleibt der Öffentliche Dienst weiter unter Beschuss. Die Regierung kann aus ihrer Sicht zwei Fliegen mit einer Klappe treffen. Zum einen durch weitere Privatisierungen das Budget kurzfristig „auf fetten“ und dem berüchtigten GATS-Abkommen nachkommen. Darin verpflichten sich die reichen Industrienationen, ihre gesamten öffentlichen Dienstleistungen (von der Bildung bis zur Bahn) international wettbewerbsfähig zu gestalten und anzubieten.

im Frühjahr 2003 führen will und nur ein geringer Fixbetrag ausbezahlt werden soll.

Eine Verschiebung hätte enorme Auswirkungen, da Verhandlungen zwischen GÖD und Regierung, die Linie für Gemeinden, Post, Telekom und ÖBB vorgeben. Die

schaft UBG hat einen eigenen Forderungskatalog an die Regierung aufgestellt; zentraler Punkt sind große Sprünge im Gehalt. In einer Presseerklärung vom 13.6. wird erklärt, dass man/frau diese Forderungen kaum ohne Kampfmaßnahmen umsetzen kann. Daher wird der Regierung ein heißer Herbst angekündigt. Die UBG hat bereits am 2. Mai in Vorarlberg einen erfolgreichen LeherInnenstreik organisiert. Sie geht davon aus, im Herbst stark genug für Streikaktionen in mehreren Bundesländern zu sein.

ÖBB UNTER BESCHUSS!

Auch beim Postbus könnte es wieder zu Streiks kommen. Schließlich sind die Pläne der Regierung noch nicht vom Tisch. Bei den ÖBB wird die Situation dramatisch. Der Generaldirektor Rüdiger vom Walde will bis 2006 über 7000 EisenbahnerInnen abbauen. Zum Vergleich: in den 80er Jahren hatte die ÖBB einen „natürlichen Abgang“ (größten Teils Pensionierungen) von ca. 1700 - nur damals hatte die ÖBB mehr als 70.000 Bedienstete. Heute hat sie 48.000, wobei allein unter dem vorherigen Generaldirektor Draxler mehr als 6000 abgebaut wurden. Auch hier wurde die Möglichkeiten des „Personalabbaus durch natürlichen Abgang“, wie es zynisch im Managerjargon heißt, ausgeschöpft. Will vom Walde sein Ziel

erreichen, muss er also kündigen. Aber auch mit natürlichem Abgang, wäre dieser Personalabbau eine Katastrophe. 1998 wurde berechnet, dass die ÖBB mit einem Schlag 5000 Leute aufnehmen müssten, wenn alle EisenbahnerInnen ihren ausstehenden Urlaub und ihren Zeitausgleich konsumieren würden. Die Situation ist 4 Jahre später sicher noch dramatischer. Arbeit ist bei den ÖBB nach wie vor genug da - ja sogar zuviel gemessen am Beschäftigungsstand!

Das Resultat sind nicht nur völlig ausgelagte KollegInnen bei den ÖBB, die seit Jahren nicht mehr auf Urlaub waren und Überstunden stehen haben, sondern auch ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die BahnkundInnen. Kommen also zu den LehrerInnen und PostbuskollegInnen noch die EisenbahnerInnen dazu? Die Spitze der Eisenbahnergewerkschaft will noch beraten. Für uns steht schon heute fest: Um wirkungsvoll die Angriffe abwehren zu können, wäre ein eintägiger Generalstreik zur Verteidigung des öffentlichen Dienstes notwendig. Ein solcher Schritt würde nicht nur die Angriffe abwehren, sondern wäre auch ein erster Schritt, um wieder freie Bildung, ökologischen und sozialen Verkehr und gerechte Bezahlung zu erkämpfen.



Privatisierung bedeutet auch höhere Preise für die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel

Um das zu erreichen, muss aber noch viel an jetzt noch öffentlicher Infrastruktur zerschlagen und privatisiert werden.

WIDERSTAND AUS DEM ÖFFENTLICHEN DIENST?

Damit stellt sich natürlich die Frage, ob aus diesem Bereich Widerstand zu erwarten ist. Schon die Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst gestalten sich bis jetzt mit der Streikandrohung der GÖD „spannend“. Ein Hauptgrund dafür ist, dass die Vizekanzlerin die Verhandlungen statt jetzt im Herbst erst

öffentlich Bediensteten hatten die letzten 8 Jahre einen Gehaltsabschluß unter der Inflationsrate (was Lohnverlust bedeutet).

UNABHÄNGIGE LEHRERINNEN MACHEN DRUCK

Bei den LehrerInnen regt sich starker Widerstand. Nicht nur wegen der Gehaltsverhandlungen, sondern auch wegen der Kürzungen im Bildungsbudget und dem schlechteren neuen Arbeitszeitmodell (siehe dazu Vorwärts vom Juni 2002). Die Unabhängige Bildungsgewerk-

Neuer Betriebsrat bei webfreetv.com gewählt

Kämpferische Mehrheit

Bei der letzten BR-Wahl gab es eine Mehrheit für die Liste „Konsequente Interessensvertretung (KIV)“, an der Spitze SLP-Mitglied Sven Hilberth. Neuwahlen waren notwendig geworden, nachdem die beiden Betriebsrätinnen der unternehmensvorstandsnahen Liste aus der Firma ausschieden.

VON SVEN HILBERTH,
SLP MITGLIED & BETRIEBSRAT



Logo der Betriebsratszeitung

Ein harter Wahlkampf begann. Die Gegenliste „Im Team zum Erfolg“ hatte als Wahlkampfprogramm den einzigen Punkt „Mitarbeitermotivation“. Die Logik dahinter: Nur wenn die KollegInnen genug leisten, wird genug zum Verteilen da sein. In einer krisengeschüttelten Branche kämpft die KIV für annehmbare Arbeitsplätze. Wir sehen den Betriebsrat als Interessensvertretung der Belegschaft, nicht als ausführenden Arm der Unternehmensleitung.

EINIGE PUNKTE AUS UNSEREM WAHLPROGRAMM:

- Mitbestimmung in Personalfragen!
- Einsatz für den Erhalt jedes Arbeitsplatzes, auch die Nachbesetzung offener Stellen, z.B. in der Redaktion
- Rechtsunterstützung bei umstrittenen Kündigungen bzw. Entlassungen
- Wahrnehmung der Mitspracherechte des Betriebsrates bei Einstellungen

- Für bessere Arbeitsbedingungen!
- Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze, Umsetzung der Forderungen der Sicherheitsvertrauensperson (z.B. schimmelnde Wände in der Schmalzofengasse u.a.)
- Für einen Betriebsrat, der offen für Verbesserungsvorschläge und Anliegen ist!
- Wir stehen für Solidarität und gleiche Rechte, in und außerhalb des Betriebs. Das bedeutet unter anderem für das passive Betriebsratswahlrecht für Nicht-EU-StaatsbürgerInnen einzutreten.

Trotz, oder vielleicht sogar aufgrund eines so politischen Programms, wurden wir mit fast 2/3 Mehrheit gewählt und können somit sogar die beiden BR-Vertreter in den Aufsichtsrat bestellen. Harte Kämpfe erwarten uns, aber wir haben auch schon die ersten eineinhalb

Wie geht's weiter bei Melzer?

Kündigungswelle?

Die Melzer-Firmen (eine größere Druckerei sowie eine Kette von Copyshops) scheinen tiefer in die wirtschaftliche Krise zu kommen. Die Beschäftigten spüren die finanziellen Probleme in mehreren Bereichen.

Erst seit kurzem gibt es bei den Melzer Firmen Betriebsräte: Seit Jänner bei Melzer-Druck und seit Mai bei Melzer-Kopie. Vorwärts bringt einen kurzen Stimmungsbericht aus der Firma Melzer Kopie. Außerdem baten wir Harald Mahrer um seine Einschätzung der Lage. Harald wurde im Mai zum Betriebsrat in der Melzer Kopie gewählt. Er ist SLP-Mitglied und war maßgeblich an der Entstehung des Betriebsrats beteiligt. Harald kandidierte für die Liste „Konsequente Interessensvertretung-KIV“, die bei den Betriebsratswahlen 43% gegenüber einer geschäftsleitungsnahen Liste erreichte. Etwa ein Drittel der Beschäftigten in der Melzer-Kopie hat die Juni-Löhne erst stark verspätet ausbezahlt bekommen. Eine Nachricht, die viele alarmierte. Die Juli-Löhne erhielten manche 10 Tage zu spät. Mitte Juli tauchten auch die ersten Gerüchte auf, wonach etwa ein Drittel der Beschäftigten bei Melzer-Kopie zur Kündigung angemeldet werden sollen. Über die Gefahr von Kündigungen wurde auch auf einer Betriebsversammlung am 12.8. von der Firmenleitung gesprochen. „Würde die Firmenleitung

eine anonyme Stellenanzeige aufgeben, würden sich wohl viele Beschäftigten der Melzer-Kopie bewerben“, so bringt eine verärgerte Mitarbeiterin die Stimmung auf den Punkt. Offensichtlich gibt es finanzielle Probleme bei Melzer. Die beginnende Wirtschaftskrise macht sich in der gesamten Branche bemerkbar, die Auftragslage hat sich verschlechtert. Viele Firmen beginnen im Werbebereich zu sparen und erteilen weniger Druck- und Kopieraufträge. In der Kopierbranche wird diese „Spirale nach unten“ noch durch eine Preisreduktion verstärkt. Wenn diese nicht mehr Aufträge bringt, wird der Umsatz natürlich noch schlechter. Erst kürzlich musste die Firma „Multicopy“ ihren Betrieb einstellen. Kündigungen ohne Filialschließungen scheinen vielen KollegInnen kaum möglich. Schon jetzt haben die meisten Filialen nur die Mindestbesetzung. Bei einem weiteren Personalabbau wird man/frau den Filialbetrieb fast nicht aufrecht erhalten können. Bleibt die Frage, welche Filialen sollen geschlossen werden? Die Unsicherheit vor der Zukunft wird noch dadurch verstärkt, dass

es bereits im November 01 ein Insolvenzverfahren gab, in dem aber ein endgültiger Konkurs abgewendet werden konnte. Für Beschäftigte ist es nahezu unmöglich Fakten über den wirtschaftlichen Zustand der Firma zu bekommen. Aber auch wenn vieles zur Zeit nicht fix ist, ist es wichtig, darüber zu berichten und zu sprechen, um sich Formen des Widerstandes zu überlegen.

BETRIEBSRAT HAROLD MAHRER ZUR SITUATION:

Vorwärts: Was ist das wesentliche Ziel in dieser Situation?
Harald Mahrer: Das Ziel der KIV im Betriebsrat der Melzer-Kopie ist es, möglichst alle Arbeitsplätze zu halten.
V: Wie sehen die Chancen aus?
HM: Schwer zu sagen, dieses Ziel wird wohl von einer großen Mehrheit der Belegschaft mitgetragen. Aber als Minderheit im Betriebsrat tut sich die KIV schwerer. Nun rächt sich die Tatsache, dass bei der Betriebsratswahl eine knappe Mehrheit der Belegschaft einer geschäftsleitungsnahen Liste das Vertrauen schenkte. Wir wollten

zum Beispiel bei der Betriebsversammlung jemand von der Gewerkschaft dabei haben, die Betriebsratsmehrheit nicht. Außerdem haben wir in der Melzer-Kopie zu wenig Beschäftigte, um ein gesetzliches Recht auf Einsicht in die Geschäftsbilanz zu haben. Was es uns schwer macht, die Fakten aus den Gerichten zu filtern. Die KIV fordert die vollständige Offenlegung der Bücher - die Beschäftigten haben das Recht zu wissen, was in ihrem Unternehmen vorgeht. Es geht auch darum, Panikreaktionen, wie etwa über-eilte Kündigungen seitens der Beschäftigten zu verhindern. Wichtig ist uns auch die Solidarität zwischen Melzer-Kopie und Melzer-Druck. Wir werden versuchen, alle gesetzlichen und politischen Möglichkeiten auszu-schöpfen.



Krieg?

Fri

Seit Wochen gehen Spekulationen über einen möglichen Angriff der USA auf den Irak durch die Medien. Tageszeitungen drucken Pläne des Iraks mit kleinen Pfeilchen und Flugzeugen, die ganze Heere symbolisieren sollen. JedeR LeserIn kann sich selbst überlegen: Was ist für die US-Armee vielversprechender? Szenario 1, 2 oder 3?

VON PHILIPP FLEISCHMANN, SLP WIEN MITTE

Die Phase seit dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa ist geprägt von der Vormachtstellung der USA - eine Vormachtstellung eines imperialistischen Landes, die es in diesem Umfang nie zuvor gegeben hat. Die US-Wirtschaft macht ein Drittel der Weltwirtschaft aus, das Bruttonationalprodukt der Vereinigten Staaten beträgt 10 Billionen US-Dollar. Noch deutlicher sind die Zahlen des Verteidigungsbudgets: Das US-Verteidigungsbudget ist größer als das der folgenden 15 Militärmächte zusammen.

Anfang der 90er Jahre erklärten bürgerliche HistorikerInnen und PolitologInnen, dass diese Dominanz einer Weltmacht zu mehr Stabilität führen würde. Das Gegenteil war der Fall: Die USA führten in den 90er Jahren 27 Militärinterventionen durch. Zum Vergleich: In den vier Jahrzehnten des Kalten Krieges waren die USA 12 Mal Kriegspartei (siehe Vorwärts Nr. 93).

WARUM GIBT ES KRIEG IM KAPITALISMUS?

Die Idee einer stabilen Weltordnung war davon genährt, dass nur die Existenz der Systemalternative (Stalinismus), die Auseinandersetzung mit dem Feind auf ideologischer und militärischer Ebene, zu Krieg geführt hätte. Aber Kriege sind genauso wie ökonomische Krisen ein Wesenszug des kapitalistischen Systems. Die Kapitalisten sind gezwungen, um ihre Profite möglichst hoch zu halten, immer weiter zu expandieren und immer mehr zu produzieren. Daraus ergibt sich das Problem der ständigen Suche nach neuen Absatzmärkten. Die Bourgeoisien der stärkeren Industrienationen versuchen diese neuen Absatzmärkte durch die Förderung nach Freihandel durchzusetzen. Wesentliche Instrumente dafür sind auf regionaler Ebene die Freihandelszonen wie NAFTA (Nordamerika) und die Wirtschaftsblöcke (z.B. EU). Auf globaler Ebene spielen diese Rolle Institutionen des globalen Kapitalismus, allen voran die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank. Die von IWF und Weltbank geführte Politik der Strukturpassungsprogramme (SAP) zwingt Länder, die (wie die gesamte neokoloniale Welt) auf die Kredite dieser Institutionen angewiesen sind, ihre Märkte dem ausländischen Kapital zu verschreiben, Privatisierungen durchzuführen, Zölle und andere sogenannte Handelsbarrieren abzuschaffen. In wessen Sinn das ist, zeigt sich schon allein am Entscheidungsprozess innerhalb des IWF. Dort herrscht das sogenannte "One-Dollar-One-Vote"-Prinzip. Die USA hat dadurch alleine 17% der Stimmen, Deutschland hat mehr Stimmen als ganz Afrika zusammen.

Der Kapitalismus steckt jedoch in einem Widerspruch: Die Kapitalisten, die am Weltmarkt schwerer oder nicht konkurrieren können, stellen sich gegen diese Entwicklung. Daraus entsteht die Strömung im Kapital, die dem Freihandel diametral entgegengesetzt ist und mit der Krise zunimmt: der Protektionismus. Prominentestes Beispiel dafür aus der jüngsten Zeit sind die Strafzölle (30%) auf Stahlimporte in die USA. Offensichtlich kann die US-Stahlindustrie auf dem freien Markt mit den europäischen und insbesondere den russisch/asiatischen Produzenten nicht konkurrieren. Dieses Match zwischen den Kapitalisten, zwischen fressen und gefressen werden, ist die Grundlage für die Kriegstendenzen im Kapitalismus.

US-INTERVENTIONSPOLITIK IN DEN LETZTEN JAHREN

Die US-Interventionspolitik der letzten Jahre diente vor allem der Erhaltung und Expansion von US-Einflussphären in Hinblick auf die Verschärfung der internationalen Konkurrenz sowie der politischen und ökonomischen Instabilität, die durch „Globalisierung“ und „Freihandel“ verschärft wurden. Keiner der drei großen imperialistischen Wirtschaftsblöcke (USA, EU, Japan) hatte im letzten Jahrzehnt nicht mit wirtschaftlichen Turbulenzen zu kämpfen. Potentielle Gegen- bzw. Mitspieler sind derzeit noch zu schwach, um sich militärisch gegen den US-Koloss zu profilieren. Im Golfkrieg 1991 fragte die USA noch im Sicherheitsrat der UNO, dem Gremium, das in der Zeit von 1945 bis 1991 das „Gleichgewicht des Schreckens“ des Kalten Krieges verwaltete, um Zustimmung. Im Kosovo-Krieg 1999 wurden über die NATO und die „Partnerschaft für den Frieden“ Bündnisse gesucht. Den



Afghanistan-Krieg vollzog die USA mit Britannien praktisch im Alleingang - die Bündnispartner wurden nicht gefragt, sondern bedingungsloser Gehorsam eingemahnt.

Der Kampf um die Neuaufteilung von geopolitischen Einflusszonen, Rohstofflagern, Kapital- und Absatzmärkten hat ein neues Wettrüsten mit sich gebracht. Tendenzen zum Aufbau militärischer Macht sind nicht nur in den USA erkennbar. Die EU verfolgt das Eurofighter-Projekt, welches auch die österreichische Regierung generös unterstützt. Europäische Staaten streben danach, nicht nur (wie Britannien) im Kielwasser der USA Weltpolitik zu betreiben. In Deutschland macht die "rot-grüne" Regierung Kriegspolitik. Javier Solana spricht diesen Weltführungsanspruch offen aus: "Bis 2003 wollen wir (EU, Anm.) die Nummer 1 beim Krisenmanagement sein". Deutschland soll "sich zu seiner Weltmachtrolle bekennen" (meinte schon Kohl 1991), "ein drittes Mal probieren, woran wir zweimal zuvor in diesem Jahrhundert gescheitert sind" (FDP-Kinkel, 1993), "eine sanfte Hegemonie über Europa anstreben" (Grün-Politiker Fischer, 1995).

DER INNERE KRIEG

Der Druck in Richtung verstärkter Kriegstätigkeit (sowohl der USA wie auch in Indien und Pakistan) rührt auch aus der jeweiligen innenpolitischen Situation. Der Abschnitt über die Biographie von Bush auf der Homepage des Weißen Hauses schwärmt zwar über die 68.6% der Stimmen, mit denen er damals in Texas zum zweiten Mal Gouverneur wurde, schweigt aber elegant über seine Präsidentschaftswahl, wo Bush bekanntlich weniger Stimmen hatte als sein Gegenkandidat und nur durch das verrückte Wahlsystem und nach mehrmaligem Nachzählen per Gerichtsbeschluss Präsident wurde. Der 11. September und der folgende "Krieg gegen den Terror" gaben Bush die Chance, sich als der starke Mann vor der US-WählerInnenschaft zu profilieren, bei der er eine akzeptable Unterstützung hält. Außerdem nützte die US-Regierung, genauso wie viele andere Regierungen, die Kriegssituation, um repressive Bestimmungen und Gesetze, die in jeder noch so „demokratischen“ bürgerlichen Verfassung enthalten sind, massiv auszubauen. Über tausend Menschen sollen zur Zeit in den USA nach diesen Gesetzen ohne Gerichtsverfahren, ohne Anklage und ohne Angabe über Dauer und Ort ihrer Anhaltung inhaftiert sein. Spitze des Eisbergs ist dabei das Gefangenenlager in Guantanamo Bay auf Kuba. Als ein US-Regierungsvertreter befragt wurde, ob dort die Menschenrechte eingehalten werden, antwortete er: "But they are not nice men!" (Aber das sind keine netten Männer!).

Diese innere Aufrüstung ist neben dem Abstecken der Einflussphären ein zweites Element der Vorbereitungen der imperialistischen Kräfte auf die Verschärfung der Krise. Es schafft Instrumente, Widerstand im Land niederzuhalten. Diese innenpolitischen Wirkungen des "Krieges gegen den Terror" führen zu der eher ungewöhnlichen Situation, dass in der momentanen Debatte um die Intervention im Irak vor allem Politiker dafür Partei ergreifen, während (ehemalige) Militärs (z.B. Powell) eher skeptisch sind (siehe Artikel auf dieser Seite). Kapitalisten versprechen sich auf diesen beiden Ebenen etwas vom Krieg: Ausdehnung ihrer Wirtschaftsmacht gegenüber anderen Kapitalisten, sowie Niederhalten der Wut von der Krise betroffener ArbeiterInnen und Jugendlicher.

Der Imperialismus versucht uns einzureden, der imperialistische Krieg wäre die beste Waffe gegen den Krieg. Diese Idee vom letzten Krieg, der Frieden und Stabilität schaffen würde, ist mindestens so alt wie der Imperialismus selbst. Sie hat sich stets als Rechtfertigung für neue Vernichtung erwiesen. Auch heute heißt es, dass durch Bomben und Annexion internationale Störenfriede entfernt werden sollen. Doch sowohl die Taliban als auch Saddam sind mit Unterstützung der USA gegen frühere Regimes eingesetzt worden. Heute unterstützt die USA den Militärdiktator Musharraf in Pakistan und nennt ihn "Präsident". Auch Hamid Karzai regiert in Kabul mit Hilfe einer Besatzungsmacht, die immer noch um ganze Landstriche kämpft. Die Scharia bleibt aufrecht. Der "humanitäre Fortschritt" in Afghanistan besteht darin, dass für Steinigungen jetzt kleinere Steine benutzt werden.

WIE GEGEN KRIEG KÄMPFEN?

All das zeigt die Unfähigkeit des Imperialismus, Krisen dauerhaft zu beseitigen. Wesentlich für die Kriegsperspektive ist die Reaktion der betroffenen Bevölkerung, im speziellen der ArbeiterInnen, der Jugendlichen und SoldatInnen. "Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin" - so versuchen PazifistInnen das Problem durch einen Appell an die Moral des Einzelnen zu lösen. "Stell dir vor, es ist Krieg und alle Waffen richten sich gegen jene, die davon profitieren" wäre ein Spruch, der eine erfolgversprechende Strategie auf den Punkt bringt. Wenn ArbeiterInnen in den Waffenfabriken streiken, wenn SoldatInnen sich mit ihnen gegen die Kriegstreiber im eigenen Land verbünden, dann ist das nicht nur die beste Waffe gegen den Krieg, sondern auch gegen



eden!

IRAK

Die Grundlage des Irak-Konflikts besteht im Wunsch des Imperialismus, die totale Kontrolle über die ökonomisch und geographisch so wichtige Region des Nahen und Mittleren Ostens herzustellen. Die Politik der USA und ihrer Verbündeten hat diesen Teil der Welt in einen einzigen Krisenherd verwandelt, der seit dem Afghanistankrieg erneut in Flammen steht. Vor allem die Situation in Israel/Palästina ist der Faktor, der das Fass in vielen arabischen Ländern zum Überlaufen bringen kann. Seit Beginn der jüngsten Militäroffensive Israels (Wiederbesetzung) hat es in der gesamten arabischen und moslemischen Welt Proteste gegeben. 2000 protestierte eine halbe Million Menschen in Marokko gegen die Aufrechterhaltung von diplomatischen Beziehungen mit Israel, wie es die marokkanische Regierung praktiziert. Ähnlich groß sollen die Proteste im Iran gewesen sein. Die jordanische Regierung - ein treuer Vasall des Westens - ließ in eine Demonstration unbekannter Größe schießen. In fast allen arabischen Ländern lässt sich der Kapitalismus seit langem nur durch Diktaturen aufrecht erhalten. Dort, wo vom Imperialismus eingesetzte und gestützte Regierungen herrschen, geraten diese zunehmend durch islamische Fundamentalisten unter Druck, die in Ermangelung einer linken Alternative die anti-imperialistische Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung für sich nutzen können. Fundamentalismus an der Macht bedeutet nicht nur schlimmste Unterdrückung im Inneren. Fundamentalistische Regimes wie im Iran, bedeuten ebenso keinen Bruch mit dem Kapitalismus. Sie sind deshalb auch nicht in der Lage, eine konsequente anti-imperialistische Außenpolitik zu betreiben.

SOZIALE UNTERSCHIEDE IN DER REGION

Die Wut der Menschen im Nahen und Mittleren Osten hat eine klare ökonomische und soziale Grundlage. In einer der potentiell reichsten Regionen der Erde sehen nur wenige Menschen etwas von den Öl-Profiten. Trotz des steigenden Ölpreises steigt in Saudi-Arabien die Arbeitslosigkeit, das BIP pro Kopf fiel von 2000 auf 2001 um ca. 10%. Selbst der bisher beste arabische Bündnispartner der USA, das saudische Königshaus, konnte aufgrund innenpolitischen Drucks im Afghanistankrieg seine Luftwaffenbasen den USA nicht mehr zu Verfügung stellen. Ein Sturz der Herrscherfamilie Saud ist denkbar. Vor diesem Hintergrund fordern die radikalen "Falken" in der US-Regierung den Einmarsch im Irak und die Entfernung von Hussein, nicht zuletzt um die Versorgung mit Öl sicherzustellen. Bush hoffte auch für die Parlamentswahlen im November auf einen Effekt, der kriegstreibenden Regierungen immer noch genützt hat: Jetzt müssen alle geeint gegen den Feind stehen. Doch auch in den USA wächst nun die Opposition gegen einen Militärschlag. Für den US-Imperialismus wird ein Krieg gegen den Irak ein Spiel mit dem Feuer. Es gibt auch in der US-Regierung Kräfte, die dem Angriff skeptisch gegenüberstehen. Die irakische Armee ist allein zahlenmäßig zehn mal so stark wie die Taliban es waren. Es wäre unmöglich, die selbe Militärtaktik wie in Afghanistan anzuwenden und Milizen der kurdischen und schiitischen Minderheiten den Bodenkrieg zu überlassen. Schon 1998 versuchten die USA, Saddam

mit Luftschlägen zu brechen - ohne Erfolg. Außerdem wäre das türkische Regime als einer der verbliebenen Bündnispartner des US-Imperialismus in der Region über zu viel Eigenständigkeit der irakischen KurdInnen nicht erfreut. Zu viel Selbstbewusstsein bei den SchiitInnen wäre den USA wieder ein Dorn im Auge. Zu nahe läge da eine Zusammenarbeit mit dem Iran, der ja auch zur "Achse des Bösen" von Bush jr. zählt. Für ein Überrennen des Iraks mit Bodentruppen rechnen die US-Strategen mit einem Bedarf von 250.000 Soldaten. Sollte Saddam B- oder C-Waffen einsetzen, wären hohe Verluste an Menschenleben - auch auf Seiten der USA unabwendbar. Das irakische Regime wäre nur durch einen sehr hohen Preis von außen zu stürzen. Die USA werden weder Frieden noch Demokratie bringen. Die Diktatur im Irak kann nur durch eine Revolution der ArbeiterInnen und Landbevölkerung im Inneren beendet werden. Doch oppositionelle Kräfte, die eine grundlegende Änderung der sozialen und politischen Ordnung im Irak anstreben würden, werden von den USA natürlich nicht unterstützt. Die vor Jahrzehnten starke ArbeiterInnenbewegung wurde durch Hussein zerschlagen. Wenn Mitglieder der US-Regierung davon sprechen, dass sie der Bevölkerung dabei helfen wollen, Saddam loszuwerden, „vergessen“ sie, dass sie durch das Wirtschaftsembargo und die seit 1998 anhaltenden Bombardements in der Flugverbotszone (2/3 des gesamten irakischen Staatsgebiets) es Saddam ermöglichten, seine Macht im Inneren zu stabilisieren. Hunderttausende Tote hat der Imperialismus im Irak auf dem Gewissen. Selbst wenn die USA Saddam hinauswerfen würde, würde sie eine neue Diktatur installieren. Ein solches Regime könnte dauerhaft nur von der ArbeiterInnenklasse und den Massen am Land beseitigt werden. Wichtigster Ansatzpunkt hierfür ist das anti-imperialistische Bewusstsein der ArbeiterInnen und Jugendlichen im gesamten arabischen Raum. Leider hat der Stalinismus die ehemals starken Organisationen der ArbeiterInnenklasse in der Region politisch zugrunde gerichtet. Er hat zur nationalen Einheit gegen die Kolonialmächte mit den Fundamentalisten (in den 70ern im Iran) oder anderen bürgerlich nationalistischen Kräften aufgerufen (z.B. Saddams Ba'ath-Partei im Irak). Nachdem diese an die Macht gekommen waren, war einer der ersten Taten, die KommunistInnen zu verfolgen und zu ermorden. An den Auswirkungen dieser Niederlagen leiden die Massen der Region noch heute. Durch die anti-imperialistischen Proteste ist eine neue Schicht von ArbeiterInnen und Jugendlichen herangewachsen, der es zu zeigen gilt, dass der Fundamentalismus keinen Ausweg bietet. Vor allem der ArbeiterInnenklasse in Israel und Palästina, sowohl der arabischen als auch der jüdischen, kommt dabei eine Vorreiterrolle zu. In der Region können Beispiele aufgebaut werden, die auch der irakischen ArbeiterInnenklasse das Selbstbewusstsein geben können, ihre Geschichte selbst in die Hand zu nehmen. Wir können dabei helfen, in dem wir in Österreich, Europa und den USA eine starke Bewegung gegen den imperialistischen Feldzug aufbauen!



seine Ursachen: den Kapitalismus, der für seine Profite alles tun muss. Die Idee, dass kollektive Aktionen der ArbeiterInnenklasse die entscheidende Rolle spielen können, ist in den 90er Jahren zurückgeworfen worden. In den kommenden Auseinandersetzungen wird diese Frage aber zunehmend wieder im Mittelpunkt stehen. Widerstand gegen den Kapitalismus und seine Auswirkungen regt sich auf verschiedenen Seiten: Erst das Vakuum auf der Linken erlaubte es Rechtsextremen, den Nationalisten und dem religiösen Fundamentalismus mit anti-imperialistischer Rhetorik zu punkten. Alternative Ansatzpunkte sind sichtbar: die globale Protestbewegung einerseits, die zunehmenden Kämpfe der ArbeiterInnenklasse in den Industrieländern (Generalstreiks in Italien, Griechenland und Spanien, Streiks nicht zuletzt auch in Österreich). Das Selbstbewusstsein zur Verteidigung sozialer Rechte wächst wieder. In einer Kriegssituation kann dieser Widerstand durch die unmittelbare Betroffenheit von Soldatenfamilien verstärkt werden: Die Anti-Vietnamkriegs-Bewegung wurde stark, als die Zahl der gefallenen US-Soldaten stieg; in Europa bezüglich des Einsatzes von ABC-Waffen, nach der Erfahrung mit Tschernobyl und der Anti-Atom-Bewegungen. Dass die US-Streitkräfte an der Entwicklung von sogenannten "Mini-Atomwaffen" arbeiten, zeigt die momentane Weltlage recht deutlich: Der US-Imperialismus ist gestärkt; er überlegt, wieder Atomwaffen einzusetzen. Aber er kann durch den Protest der Massen gestoppt werden; aus Angst davor sollen sie fürs erste nur "mini" sein.

BEWEGUNGEN VERBINDEN!

Hier ist es wichtig, möglichst viel Gewicht auf die richtige Seite dieser Entwicklung zu legen und den Rechtsextremen und Fundamentalisten keinen Platz zu überlassen. Mit einer sozialistischen Analyse der Weltlage kann man den Zusammenhang von Wirtschafts- und Militärpolitik erklären. Die globale Protestbewegung richtet sich gegen IWF und Weltbank, die Bewegungen der ArbeiterInnenklasse gegen die Kürzungspolitik. Neoliberale Kürzungspolitik und imperialistische Kriegstreiberei sind beides Ausdruck der selben Krise des Kapitalismus. Die beiden Bewegungen müssen verbunden werden. Das schafft die Grundlage, Krise und Profitwirtschaft zu beseitigen und durch eine demokratisch geplante Wirtschaft und Gesellschaft zu ersetzen.

INDIEN/PAKISTAN

Um die Jahreswende 2001/02 sammelten die Regimes von Indien und Pakistan ca. eine Million Soldaten auf beiden Seiten der Front im umkämpften und beiderseits besetzten Kaschmir. Der Kaschmir-Konflikt ist kein neuer Konflikt. Seit 1947 ist das Gebiet durch eine Frontlinie geteilt. Die Kaschmiris mussten seither drei Kriege und permanente Belagerung über sich ergehen lassen. Der Hintergrund für die momentane Eskalation liegt in den aktuellen innenpolitischen Spannungen beider Staaten und den Auswirkungen der US-Politik. Die Militärdiktatur Musharrafs in Pakistan war durch die Kooperation mit dem US-Imperialismus im Afghanistan-Krieg unter Druck geraten. Fundamentalistische Kräfte, auch im mächtigen Geheimdienst ISI, nutzten die breite Ablehnung in Pakistan gegenüber dem US-Krieg, um die eigene Position zu stärken. Musharraf versucht einen Balanceakt und eine Beschwichtigung der inneren Opposition, in dem er Muskeln zeigt. Er spielt mit dem - berechtigten - Wunsch der kaschmirischen Bevölkerung nach Unabhängigkeit und Frieden. Musharraf will sein Profil als Vertreter "moslemischer" Interessen gegenüber Indien schärfen. Tatsächlich hat die pakistanische Politik nichts mit Freiheit und Unabhängigkeit für Kaschmir zu tun. Im pakistanischen besetzten Teil des Landes müssen alle, die für ein politisches Amt kandidieren wollen, zuerst ihre Loyalität gegenüber Pakistan beschwören. Auch Indiens Regierung, von der ultrareaktionären Hindu-Partei BJP unter Premier Vajpayee geführt, spielte die nationalistische Karte mit der Eskalation rund um Kaschmir. Die indische Parteienlandschaft besteht neben den beiden Großparteien BJP und Congress aus unzähligen Parteien von Sprach-, Kasten- und ethnischen Gruppen. Jede Koalitionsbildung ist ein Drahtseilakt, der die Fragmentierung der indischen Gesellschaft widerspiegelt. Nicht zuletzt deshalb braucht die indische Regierung externe Feinde, um sich eine breitere Basis in der Gesellschaft zu sichern. Noch dramatischer als ein militärischer Verlust Kaschmirns an die pakistanische Armee wäre, wenn Kaschmir unabhängig würde: Das könnte ein Signal an andere Gruppen und Nationen in der Region sein; der erste Schritt zu einer völligen Zerteilung Indiens.

KURZE GESCHICHTE DES KONFLIKTS

Mit dem Ende des II. Weltkrieges wurde für den britischen Imperialismus klar, dass er seine Kolonie Indien nicht mehr wie bisher halten konnte, weil der Widerstand gegen die Kolonialmacht zu groß wurde. Man fürchtete um die Existenz der Kapitalismus in der Region. Britannien unterstützte deshalb die Pläne reaktionärer religiöser Führer

zu einer Teilung des Subkontinents entlang großer religiöser Linien. „Teile und Herrsche“ jieß und heißt das Prinzip: Durch eine „Balance der Kräfte“ in der Region sollte dem britischen Imperialismus als Schiedsrichter weiter eine dominierende Rolle zukommen. Kaschmir spielte schon damals eine zentrale Rolle: Ein fruchtbares, wasserreiches Tal im Norden, das vor allem große strategische Bedeutung als Bollwerk gegen die Sowjetunion und später China hatte. Der britische Imperialismus sprach diese Region, obwohl mehrheitlich von Moslems bewohnt, Indien zu. Heute geht eine der weltweit am höchsten militarisierten „Waffenstillstandslinie“ quer durch Kaschmir, ein Nordzipfel ist von China okkupiert.

SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE

Weder das pakistanische noch das indische Regime können und wollen Kaschmir Selbstbestimmung und Frieden bringen. Sie brauchen, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, massive Repressionsapparate, sowie die nationalistische Politik, die bereits an den Rand eines Atomkrieges führte. SozialistInnen kämpfen für einen unabhängigen sozialistischen Kaschmir als Teil einer sozialistischen Föderation im Sub-Kontinent. Jedoch muss solch ein Programm Garantien für die kulturellen und Sprachrechte aller ethnischer, religiöser und Stammes-Minderheiten innerhalb dieser Staaten umfassen. Dieses würde Rechte der Autonomie in Regionen wie Gilgit-Baltistan und Ladakh umfassen, wo es Furcht vor moslemischer Dominanz gibt. Nur auf diese Art können die Millionen der ArbeiterInnen und armen LandarbeiterInnen, die so viel in den letzten fünf Dekaden erlitten haben, eine Lösung für ihren sozialen, ökonomischen und nationalen Wünsche finden. Selbst während den kriegerischen Ereignisse gibt es schon jetzt Menschen in Kaschmir, die für ein solches Programm eintreten. Erst Anfang Juni organisierten linke AktivistInnen, Mitglieder des CWI (Internationale der SLP), der Kaschmir National Awami Party (NAP) und der National Student Federation (NSF) eine Demonstration in Kottli; im pakistanischen besetzten Kaschmir an der "Line of Control" gelegen. Das Motto: "Nein zum Krieg! Nein zum Terrorismus! Nein zu religiösem Sektierertum! Ja zu Jobs, freie Bildung, Gesundheitsversorgung und reines Wasser! Nieder mit dem US Imperialismus!". Fundamentalistische Mujaheddin-Kämpfer, die von Pakistan gedeckt werden, griffen die Demo an, schossen mit Maschinengewehren und verletzten mehrere DemonstrantInnen. Wenn solche Proteste mit Kämpfen der ArbeiterInnenklasse sowohl von Pakistan als auch Indien verbinden können, kann das den Regimes die Grundlage entziehen und einen Weg zur ArbeiterInnen-Demokratie öffnen, die Selbstbestimmung und den Ausweg aus Kriegsgefahr und Armut bieten kann.

Neue Broschüre der SLP

Mensch & Sozialismus

Der Mensch ist doch sowieso zu schlecht für den Sozialismus...? "Schaut euch doch um! Die Menschen arbeiten doch alle nur, weil sie müssen - für den Sozialismus wären sie viel zu faul, zu gierig und überhaupt geht der Mensch doch den Weg des geringsten Widerstandes, eurer ist viel zu mühsam..." Diese und weitere Fragen habe nicht nur ich mir in den Diskussionen vor meinem Beitritt zur SLP gestellt.

VON PETER REGNER,
SLP WIEN-NORD

Menschen gibt, die für karitative Zwecke spenden und/oder freiwillige Arbeit verrichten.

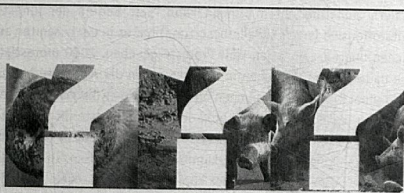
"ICH WÜRDTE IM SOZIALISMUS NICHT FREIWILLIG ARBEITEN..."

Kinder sind neugierig, sie wollen alles untersuchen, entdecken und produktiv tätig sein. Erst wenn ihnen x-mal (verbal oder tatsächlich) auf die Finger geklopft wird, ihnen gesagt wird, "sei nicht so neugierig" oder "sitz still", werden ihnen diese Verhaltensweisen regelrecht ausgehrieben.

Allerdings ist es richtig, dass die Arbeiten und die Arbeitsbedingungen, die es im Kapitalismus gibt, dazu führen, dass Menschen sie lieber nicht verrichten. Sie sind oft gesundheitsschädlich, stressig und unangenehm. Wie gerne jemand eine Arbeit macht, hängt auch davon ab, ob es sich um nützliche, erfüllende und gesellschaftlich anerkannte Arbeit handelt. Im Kapitalismus fragt niemand, was die Bevölkerung braucht oder nicht. Es wird nur Profitbringendes produziert. Im Sozialismus wird die Arbeitszeit drastisch reduziert werden. Denn es werden nur notwendige Dinge produziert werden und diese mit den besten technologischen Mitteln.

KAPITALISMUS ENTSpricht DEM MENSCHLICHEN NATURELL?

Vor allem durch globale Protestbewegung und Klassenkämpfe gibt es immer mehr ArbeiterInnen und Jugendliche, die sich für sozialistische Ideen interessieren. Es herrscht jedoch ein Mangel an praktischer Erfahrung mit Kämpfen und Bewegungen, mit Solidarität und der Stärke der ArbeiterInnenbewegung. Die 80er



Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?
10 Fragen • 10 Antworten

Die Broschüre ist um EUR 2,80 (inkl. Porto) bei der SLP erhältlich. Einfach auf unser Konto PSK 88.12.733 einzahlen, Name und Adresse angeben und wir schicken Ihnen die Broschüre (44 Seiten A5) zu.

SAV Sozialistische Alternative SLP

Eine Broschüre von Sozialistische Alternative (SAV, Deutschland) und Sozialistische Linkspartei (SLP, Österreich)

und insbesondere die 90er Jahre mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten und der Propagandaoffensive des Kapitals ("Neue Weltordnung") haben dem Bewusstsein von ArbeiterInnen und Jugendlichen einen Stempel aufgedrückt. Das ist der Hauptgrund für die vielen Zweifel an der Machbarkeit des Sozialismus. Außerdem werden diese Zweifel auch von den Bürgerlichen als Propagandamittel genutzt, die uns zu beweisen versuchen, dass der Kapitalismus die einzige funktionierende, dem menschlichen Naturell entsprechende Gesellschaftsordnung ist. Tatsächlich ist aber nicht der Mensch zu schlecht für den Sozialismus, sondern der Kapitalismus zu

schlecht für den Menschen. Als SLP erachten wir es für wichtig, Antworten auf diese Fragen zu geben und haben deshalb gemeinsam mit unserer deutschen Schwesterorganisation SAV eine Broschüre herausgegeben: "Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus? - 10 Fragen und 10 Antworten" Im Detail werden folgende Fragen behandelt:

- Zu gierig?
- Zu faul?
- Von Natur aus gewalttätig?
- ArbeiterInnenklasse?
- Reformen reichen doch?
- Wollt ihr den Ostblock?
- Demokratie?
- Keine Individualität?
- Rassismus & Sexismus?
- Geringster Widerstand?

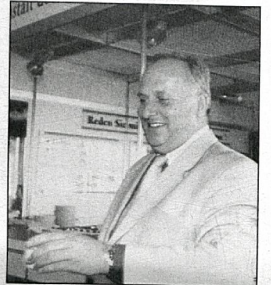
Von legalen und illegalen Drogen Scheinmoral

Es ist einige Jahre her, da bekam die Diskussion um Alkohol und insbesondere um Alkohol im Straßenverkehr eine gewisse Brisanz: ein Baby wurde von einem alkoholisierten Lenker aus dem Kinderwagen geschleudert und kam ums Leben. Zwei Jugendliche wurden von einem Autofahrer, der unter Alkoholeinfluss stand, angefahren und tödlich verletzt. Diskutiert wurde damals die Senkung der Promillehöchstgrenze von 0,8 auf 0,5. Damals legte sich allen voran die ÖVP quer. Hauptargument war die Schädigung der kleinen Wirtschaft und Buschenschanken am Land. Offensichtlich ist der Profit und das eigene Auto wichtiger als "ein paar Menschenleben".

VON KARIN WOTAWA,
SLP WIEN-MITTE

Menschen überhaupt süchtig, greifen zu Rauschmitteln, um aus dieser Welt zu flüchten? Die Grenze zwischen Genuss und Sucht/Rausch wird überschritten, weil das Leben im Kapitalismus mit seinem umfassenden Druck schwer zu ertragen ist. Die Politik sucht lieber eine Trennung in "gute" Substanzen wie Nikotin, Alkohol, (teilweise) Medikamente

Besoffen Autofahren als Kavaliärsdelikt: So oder ähnlich scheinen das einige Politiker auch im täglichen Leben zu sehen. Der jüngste Fall ist bekannt: Reinhart Gaugg, der als "Alkolenker" erpapt wurde. Hier sei auch an diverse politische Veranstaltungen in Bierzeiten oder an ähnlichen Örtlichkeiten - gerade in Wahlkampfzeiten besonders beliebt - erinnert. Bier fließt in Hektolitern, die Doppler Wein werden unter Volk gebracht, Ein Vorbild?



Verbrüderungen mit dem wahlkämpfenden Politiker werden ausgiebig begossen, weil die Lokalgröße für einige Stimmen mehr gerne einen ausgibt. Umso unglaublicher mutet der offizielle Umgang mit dem Problem von Rausch- und Suchtmitteln an. Dazu zählen selbstverständlich auch Alkohol und Medikamente; nicht zu vergessen Zigaretten, die am häufigsten konsumierten Drogen, mit einem höheren Suchtpotential als bei Heroin. Das soll Heroin nicht verarmlos, sondern einen umfassenderen Blick ermöglichen.

Es geht um den Gesamtumfang der Politik mit Substanzen und Sucht aller Art. Was völlig fehlt, ist die Frage: Warum werden

und Koffein und "böse" Substanzen wie Cannabis, Exstasy, Heroin Zur Untermauerung wird gern das Märchen von Cannabisprodukten als Einstiegsdroge verwendet. Tatsache ist, dass ca. 95% aller Cannabis-konsumentInnen nicht zu harten Drogen greifen, sondern eher der frühe Alkohol- und Nikotinkonsum als Einstieg gewertet werden kann. Die Gesetze der Bundesregierung (z.B. jüngst über Drogen im Straßenverkehr) gehen am eigentlichen Problem vorbei und dienen der Kriminalisierung Betroffener. Kapitalismus und Drogen - eine natürliche Verbindung? Kapitalismus macht krank und führt zu ungesunden Süchten - egal ob mit legalen oder illegalen Stoffen.

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Di. um 19.30 Uhr Club International, 16., Payerg. 14
WIEN-SÜD I: Jeden Dienstag um 20 Uhr Bunte Kuh, 5., Zentag./Siebenbrunneng.
WIEN-SÜD II: Jeden Mi. um 19 Uhr Schlupfwinkel, 4., Kleine Neugasse
WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.30 Uhr "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38
SLP-SALZBURG: auf Rückfrage
SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN: Jeden 1. Montag im Monat, 19.00 Cafe Paganini, 9, Althanstr. 11-13
SLP-FRAUEN: (nur für Frauen) Termine auf Rückfrage

Die SWI-Treffpunkte:

Jeden Montag um 19.00 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Die SLP-Veranstaltungen im September:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.
9.9.: „ANGRIFFE IM ÖFFENTLICHEN DIENST“ SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN
10.9.: „FILM: NORDRAND“, ZUM THEMA ABTREIBUNG SLP-WIEN-SÜD I
13.9.: „ALTERNATIVEN ZUM KAPITALISMUS - KANN EINE GEPLANNTE WIRTSCHAFT FUNKTIONIEREN?“ SLP-WIEN-NORD
17.9.: „GEWALT, MILITANZ UND DEMOS ANLÄSSLICH DER ANTI-WEF-PROTESTE“ SLP-WIEN-WEST
25.9.: „WAHLEN IN DEUTSCHLAND“ SLP-WIEN-SÜD II
25.9.: „EIN JAHR NACH DEM 11. SEPTEMBER - DIE FOLGEN FÜR DIE ARBEITERINNENKLASSE WELTWEIT?“ SLP-WIEN-MITTE
28.9.: "RECHT AUF ABTREIBUNG VERTEIDIGEN" AB 8.30 VOR DER LUCINA-KLINIK, WIEN 2; GROßE SPERLGASSE, AB 11.00 VERANSTALTUNG IM CAFE SPERLHOF SLP-FRAUEN

Demonstrationen & Aktionen:

15. SEPTEMBER: Demonstration gegen das WEF-Treffen in Salzburg

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz, jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz

Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:
01/524 63 10

KASACHSTAN

Regierung gegen Gewerkschaften
Die Angriffe des Regimes auf
AktivistInnen der ArbeiterInnen-
Bewegung gehen weiter: Saken
Zhunusov und Ramil Mingazov,
führende Mitglieder des Verbandes
der unabhängigen Gewerkschaften
von Karaganda/Kasachstan, wurden
verhaftet und u.a. wegen "Verschwörung
zur Ermordung eines Richters"
angeklagt. Am 19.4. wurde das
Büro des Gewerkschaftsverbandes
von regierungstreuen Schlägern
zerstört. Saken und Ramil werden
diese Verwüstungen am eigenen Büro
unterstellt; ein Teil der absurden
Konstruktionen. Die beiden
Gewerkschafter sind, ebenso wie
die GenossInnen des CWI, auch
bei "ArbeiterInnenbewegung von
Kasachstan" aktiv. Erst kürzlich

Neues aus dem CWI

www.worldsocialist-cwi.org

wurden Genossen des CWI-Kasachstan von Schlägern der
Geheimpolizei überfallen, als sie
in einem südrussischen Kohle-
revier zu einer Konferenz
zusammentreffen wollten.

ISRAEL

Am 12.8. streikten in Israel der
Öffentliche Dienst und Teile des
Privatsektors drei Stunden lang
für höhere Löhne/Gehälter. Die
israelische Schwesterpartei der
SLP, Maavak Socialisti, unter-
stützte den Streik aktiv. In einem
Flugblatt kritisierte sie die
defensive Haltung der Gewerkschafts-
führung: Die offizielle
Forderung nach 3% Lohnerhöhung
deckt lediglich die Hälfte der
Einbußen der beiden letzten
Jahre. Spannungen innerhalb des
Gewerkschaftsverbandes Hista-
druth nehmen zu: Auf einer
Versammlung am 11.8. forderten
viele AktivistInnen die Ausweitung
auf ein bis drei Tage. Beim
Aufbau der Streikfront sind
ZeitarbeiterInnen ("Manpower")
von großer Bedeutung. Gewählte
Streik-Komitees sollten diese
KollegInnen im Betrieb umfassen,
um der Spaltung der Belegschaft
entgegenzuwirken. Maavak Socialisti
schlägt einen 24-stündigen
Generalstreik als nächsten Schritt
vor und kämpft für eine sozialistische
Alternative zu Armut und Krieg in
der gesamten Region. Die Regierung
mahnte gegen den Streik zur
"nationalen Einheit" im Krieg
gegen die PalästinenserInnen.
Umso bedeutender sind die
Kampfmaßnahmen der israelischen
ArbeiterInnenenschaft für
ihre sozialen Interessen. Im
Raum steht nun ein Streik am
1.9., dem ersten Schultag. Das
Flugblatt "Der Streik ist nur der
Anfang" von Maavak Socialisti ist
unter www.worldsocialist-cwi.org/eng/2002/08/14Israel.html
zu finden.

NEUE CWI-SEITE

Seit kurzem gibt es die neue
türkische Seite unserer belgischen
Schwesterpartei LSP-MAS im
Netz: www.lsp-mas.be/militan/
Die türkisch-sprachige Ausgabe
der belgischen Zeitung kann bei
der Redaktion bestellt werden.

Lateinamerika

Kontinent in Aufruhr

Lateinamerika befindet sich in einem Prozess zunehmender
Radikalisierungen. Der aufkeimende Unmut unter der Bevölkerung
ist kaum noch zu bändigen. Nach dem Zusammenbruch der Märkte
1997 in Asien wurde viel Kapital aus Lateinamerika abgezogen.
Die ernststen Probleme der lateinamerikanischen Wirtschaft wurden
durch die aufkommende Krise der Weltwirtschaft verstärkt. Die
einzigste Konjunkturlokomotive Argentinien erlebte soziale
Explosionen. Der Zusammenbruch 2001 führte zu politischen
Umbrüchen im Rest Lateinamerikas.

VON PABLO HÖRTNER,
SLP WIEN-WEST

Der wirtschaftliche Kollaps Argentinien hat eine kolossale
Bewegung hervorgerufen: In den
letzten zwei Jahren gab es 8 Generalstreiks. Hunderttausende
demonstrieren. Unter ihnen
ArbeiterInnen und BäuerInnen
sowie Teile der verarmten
Mittelklassen. Im Juni 2002 wurden
in Buenos Aires zwei
Demonstranten von der Polizei
getötet und 90 weitere verwundet.
Im Dezember 2001 endeten
die Auseinandersetzungen mit 30
Toten. Strassenbarrikaden
(piquetes) der Arbeitslosen gab
es auch in Cordoba, Resistencia,
Chaco und in Salta. Die Massen
fordern (te)n Jobs, medizinische
Versorgung und Lebensmittel.
In Bolivien kommt die dortige
"Bewegung zum Sozialismus"
(MAS) des Indigenenführers Evo
Morales bei den Parlaments-
wahlen auf den zweiten Platz. In
Venezuela wird der bürgerliche
Links-Populist Hugo Chavez von
einem CIA-gestützten Putsch
gestürzt und binnen 48h durch
eine Massenbewegung wieder an
die Macht gespült. All dies ist
Ausdruck der Gärung und Radika-
lisierung aufgrund der neoliberalen

Angriffe der letzten Jahre.
Die Stärke von Chavez in Venezuela
und die Schwäche Duhaldes
kennzeichnen beiderseits Aufruhr
in der Gesellschaft. Der Anti-
Imperialismus nimmt Ausmaße
an, welche die USA zwingen,
zu direkter militärischer Einschüch-
terung zu greifen. Das ist der wesentliche
Grund für ihre Militär-
operationen in Kolumbien. Der
neue Präsident Alvaro Uribe steht
für diesen Kurs: Weitere Militärisierung
des Landes und Krieg gegen die
arme Landbevölkerung, die Guerrillas
und überhaupt gegen jede Form
von Widerstand. Der "starke Mann"
war Gouverneur von Antioquia
und Bürgermeister von dessen
Hauptstadt Medellín. Dort soll der
konservative Uribe auch enge
Kontakte zum Drogenkartell gepflegt
haben. Die angekündigte Verschärfung
der Antiterrorgesetze wird sich
nicht primär gegen die staatsnahen
Paramilitärs richten, sondern
gegen GewerkschafterInnen und
die Linke. Seit 40 Jahren herrscht
in Kolumbien ein Bürgerkrieg
zwischen der größten Guerilla-
organisation, den FARC ("Revolutionäre
Bewaffnete Kräfte Kolumbiens")
und dem offiziellen Staat. Die
FARC kontrolliert ein

gutes Stück des Landes und verfügt
über 17.000 SoldatInnen, darunter
auch Kinder. Sie hat den Massen
wenig anzubieten. Ihre Hauptforderung
ist die nach einem (von den USA)
unabhängigen Kolumbien. Sie wollen
einen eigenständigen nationalen
Kapitalismus. Die FARC war lange
Zeit der bewaffnete Arm der KP.
Ihrer stalinistischen "Etappentheorie"
zufolge muss zuerst ein "ordentlicher"
Kapitalismus und bürgerliche
Demokratie erkämpft werden und
erst dann - "Sozialismus". Ein
Großteil der AktivistInnen hat
Illusionen in eine "bolivarianische"
Alternative. Im Wesentlichen
bedeutet das eine lateinamerikanische
Freihandelszone nach dem Modell
der EU als Gegenstück zum US-
Imperialismus. Doch der Kapitalismus
baut auf die Ausbeutung der "Dritten
Welt". Er bietet keinen Platz für
einen Sonderweg.

SOZIALISTISCHE
ALTERNATIVE NÖTIG

Die vorhandenen Illusionen in
einen anti-imperialistischen
Kapitalismus sind Ausdruck für
das in den 90ern weltweit zurück-
geworfene Bewusstsein der
ArbeiterInnenklasse und das
Fehlen eines sozialistischen
Faktors. Nur ein konsequenter
Kampf für ein sozialistisches
Programm kann das Level der
Bewegung heben. Die Organisation
in demokratischen Komitees
(für Selbstverteidigung und
Lebensmittelversorgung) und in
Stadtteilversammlungen, wie sie



im Entstehen sind, bieten einen
Ansatz für eine eigenständige
Organisation der ArbeiterInnen-
klasse. Das wäre ein Gerüst für
eine zukünftige Räterepublik.
Es mangelt den Massen noch an
Selbstvertrauen, an Perspektiven
und Erfahrung, um die Machtfrage
zu stellen. Von diesem Standpunkt
aus befinden sich die Bewegungen
in Lateinamerika auf einem
niedrigeren Stand als vergleichbare
Bewegungen in der Vergangenheit.
Dennoch ist dieses Wiedererstar-
ken der ArbeiterInnenklasse, ihre
Präsenz in den Kämpfen, nach den
Niederlagen der 70er und 80er,
von großer Bedeutung. Die große
Zeit der Guerrillas ist hingegen
vorbei. Ihre ideologische und
materielle Basis gibt es in der
jetzigen Weltordnung nicht mehr.

Der Wahlerfolg des Cocalero-Sprechers
Morales in Bolivien zeigt,
dass eine Liste mit einem sozialistischen
Profil kein Hindernis darstellt.
Im Gegenteil: Es wird verstanden,
dass die MAS etwas anderes
darstellt als die "sozialistische
Partei" von Paz Zamora, der
lange mit dem Ex-Diktator

Banzer paktiert hatte. Es handelt
sich hier um eine neoliberale
bürgerliche Partei nach dem Vorbild
der "neuen Sozialdemokratie" in
Europa. Die MAS hingegen ist Teil
von Bewegungen.

In Brasilien besteht die Möglichkeit,
dass es nach den Wahlen auf
Grund des Rechtsrucks der
ArbeiterInnenpartei (PT) zu einer
Spaltung der Linken kommt. Ein
ausführlicher Artikel dazu wird in
unserer nächsten Nummer
erscheinen. Die GenossInnen von
'Socialismo Revolucionario' (CWI-
Brasilien) sind in der PT tätig und
kämpfen dort für einen sozialistischen
Kurswechsel und gegen die
zunehmenden Verbürgerlichungstendenzen.
Nichts desto trotz würde ein
Wahlsieg des PT-Chefs Lula eine
enorme Erwartungshaltung bei den
Massen und auf Seiten der Bourgeoisie
und der Finanzmärkte auslösen.
Lulas Präsidentschaft wäre von
Instabilität und Kämpfen
gekennzeichnet. Brasilien wird
neben Argentinien zum Brennpunkt
der Radikalisierung des amerikanischen
Kontinents werden.

Korruption und die Rechte in Europa

Es ist das System

"Der Kapitalismus gründet auf Gier. Korruption ist untrennbarer
Teil des kapitalistischen Systems. Ich möchte dieses System
ersetzt sehen durch eine Gesellschaft, die wirklich demokratisch
und frei von Korruption ist, in der der Reichtum den arbeitenden
Menschen gehört und in der es keinen Grund gibt, korrupt zu sein.
Dies ist das System eines demokratischen Sozialismus, das ich vorziehe."
(Joe Higgins, Socialist Party Abgeordneter in Irland in
einer Parlamentsrede vom 11. Juli 2002)

VON LAURA RAFETSEDER,
SLP WIEN MITTE

Jacques Chirac lässt sich Ein-
kaufsrechnungen von über drei
Millionen Euro von Steuergeldern
bezahlen, die CDU verstrickt sich
in Spendenskandale, die deutschen
Grünen und die französischen
Sozialdemokraten ziehen mit
kleineren aber ebenso pikanten
Affären nach - Korruption zieht
sich quer durch alle politischen
Lager. Privilegienschacher und
Lobbying sind längst politischer
Alltag. Mit jedem neuen
Skandal wächst das Misstrauen
der Bevölkerung in die Parteien
des Establishment. In den USA
führt die Empörung über die
Skandale um den Bush-Clan und
die Bilanz-Fälscher-Affären an
der Börse zu verstärkter gesell-

schaftlicher Polarisierung und
Ablehnung des Bildes des Man-
agers als Saubermann. In Europa
sind es vor allem rechtspopulistische
Parteien, die die Wut der
Bevölkerung auf Wahlebene kanalisieren.
Ob Le Pen in Frankreich,
Haider in Österreich oder Fortuyns
Liste in den Niederlanden; sie
alle wurden durch populistisches
Anklagen von Privilegien und
Postenschacher groß.

ANTI-ESTABLISHMENT?

Dass die selbsternannten Anti-
Establishment-Ritter und Retter
des "kleinen Mannes" selbst
Dreck am Stecken haben und Teil
des Establishments sind, wird
deutlich, wenn sie an der Macht
sind und sich Mühe geben, ihre
Vorgänger im Einstecken von
Privilegien zu übertrumpfen.

Der
Korruptionssumpf
bereitet ihm den
Boden.



Reinhart Gauggs letztlich miss-
glückter Versuch, am Privilegien-
kuchen mitzuanissen, zeigt die
wahren Motive hinter dem An-
sprachen von Korruption von
rechts. In den Niederlanden gab
es bereits den dritten Minister-
rücktritt in Serie aus dem Kabinett
der Fortuyn-Liste, die seit dem
Regierungsantritt von einer Reihe
von Skandalen erschüttert wurde.
Die Schichten der ArbeiterInnen-
klasse, die Fortuyn ursprünglich
ihre (Protest-)Stimme gaben,
fühlen sich nun zu Recht verraten,
wenn offensichtlich wird, dass hinter
dem Verspre-

chen von mehr Transparenz selbst
nur korrupte Machenschaften stecken.
In dieser Enttäuschung kann
sowohl eine Gefahr als auch eine
Chance liegen - wenn der Unmut
der Bevölkerung sich in verstärkten
Klassenkämpfen und Streiks äußert,
kann hier der Beginn für eine neue
Kraft auf der Linken, eine neue
ArbeiterInnenpartei, liegen. In
Zukunft ist auch das Erstarren
wirklich faschistischer Kräfte in der
Größenordnung der "gemäßigten"
Rechtspopulisten möglich, wenn
diese entzaubert sind und das
Projekt des Aufbaus neuer

ArbeiterInnen-Massenparteien
nicht gelingt. Was heute notwendig
ist, um Korruption wirklich zu
bekämpfen, zeigt unter anderem
die Arbeit der 'Socialist Party',
Schwesterpartei der SLP in
Irland, mit ihrem Parlaments-
abgeordneten Joe Higgins. Joe,
der selbst nur einen Facharbeiter-
lohn bezieht, wird selbst von
bürgerlichen Medien "der Unbe-
stechliche" genannt und spielt
eine zentrale Rolle in den
Kampagnen der Socialist Party
gegen die Korruption des Systems
und für die Unterstützung von
Kämpfen der ArbeiterInnenklasse.

Gemeinsam Frauenrechte erkämpfen!

Seit 2001 betreibt die SLP eine Kampagne zur Verteidigung des Rechtes auf Abtreibung und der Lucina-(früher Maier)-Klinik. Radikale Abtreibungsgegner wollen die Klinik schließen und sie belästigen permanent Frauen. Der Chef von „Human Life International“ (HLI) Österreich, Dietmar Fischer, hat die SLP-Frauensprecherin Claudia Sorger verklagt, weil sie die Wahrheit über die Machenschaften von HLI berichtete. Wir führen die Kampagne weiter und möchten sie ausweiten. Margarita Döller erklärt unsere Forderungen.

ABTREIBUNG AUF KRANKENSCHHEIN & KOSTENLOSE VERBREITUNG VON VERHÜTUNGSMITTELN:

Ein Schwangerschaftsabbruch in Österreich ist zwar (noch) straffrei, kostet aber mehrere hundert Euro (bis knapp 1000,-). Viele Frauen können sich eine Abtreibung nicht leisten und haben daher keine andere Wahl, als das Kind zu bekommen. Um das Recht auf Selbstbestimmung zu gewährleisten, muss Abtreibung auf Krankenschein möglich sein. Gegen ungewollte Schwangerschaften sind umfassender Aufklärungsunterricht ebenso notwendig, wie die kostenlose Verbreitung von Verhütungsmitteln.

MÖGLICHKEIT AUF SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH IN ALLEN BUNDESLÄNDERN:

Das bisherige Recht auf Abtreibung existiert in vielen Bundesländern nur auf dem Papier. Im Westen können sich Frauen nicht einmal beraten lassen. ÄrztInnen in öffentlichen Spitälern können sich weigern, Frauen auch nur die Gefahren zu erklären. Frauen bleibt dann nur der kostspielige und belastende Weg ins Ausland bzw. nach Wien.

BANNMEILE FÜR MILITANTE ABTREIBUNGS- GEGNER RUND UM DIE KLINIK – DURCH MOBILISIERUNGEN:

Eine Bannmeile um Abtreibungskliniken, damit Frauen nicht mehr belästigt werden, wäre eine feine Sache, doch wie diese umzusetzen und kontrollieren? Auf Staat und Polizei können wir uns nicht verlassen, denn es ist bekannt, dass es Verbindungen zwischen HLI und den Regierungsparteien gibt. Nicht nur mit der ÖVP, die ein ähnlich konservatives Frauenbild fördert,

sondern auch mit der FPÖ. Ein Wahlauftritt von HLI für die FPÖ bei den letzten Gemeinderatswahlen zeigt dies. Die Polizei hat nicht einmal unsere Kundgebungen gegen Angriffe geschützt. Was eine erfolgreiche Bannmeile braucht, ist daher eine Mobilisierung der Betroffenen und AnrainerInnen zum Schutz der Frauen und der Kliniken.

UNTERBRINGUNG DER LUCINA- KLINIK IN RÄUMLICHKEITEN DER GEMEINDESPITÄLER:

In Wien gibt es zwei private Abtreibungskliniken (eine ist die Lucina-Klinik), die einzigen österreichweit. Vor diesen stehen die radikalen Abtreibungsgegner von Pro Life/HLI und belästigen Frauen. Hier wäre die SPÖ-Stadtrregierung gefordert, die theoretisch ihre Unterstützung für die Rechte der Frauen erklärt, aber in Wien – wo sie die absolute Mehrheit hält – nichts getan hat, um die Kliniken in Räumlichkeiten der Gemeindepitälern unterzubringen. Das würde die Situation für Patientinnen und Klinik entspannen.

DER KAMPF GEGEN ABTREIBUNG – KEIN NATIONALES PHÄNOMEN:

Der Schwangerschaftsabbruch ist nur in 50 Ländern weltweit völlig legal. 500.000 von 6 Millionen Abtreibungen pro Jahr sind legal. Millionen Frauen sterben an nicht ordentlich durchgeführten Abtreibungen und auch in den genannten 50 Ländern sind viele Abtreibungen auf Grund von mangelnder Hygiene und Ausstattung gefährlich. Das zeigt: Illegalisierung verhindert Abtreibungen nicht, sondern macht sie nur unsicherer. Die HLI-Methoden gehen von Belästigungen vor den Kliniken



über Klagen bis zu Morddrohungen und in einigen Fällen in den USA auch bis zum Mord an ÄrztInnen. Ihre Methoden haben System und sind im Buch „99 Wege Abtreibung zu stoppen“ zusammengefasst.

INTERNATIONAL GEGEN RADIKALE ABTREIBUNGSGEGNER!

Die SLP ist im „Komitee für eine

ArbeiterInnen-Internationale“ (CWI/KAI) international organisiert. Aus verschiedene Ländern sind Solidaritätserklärungen für unsere Kampagne eingegangen. Zum Beispiel von der Campaign Against Domestic Violence aus Britannien, die seit langem gegen Gewalt in der Familie kämpft und von zwei sozialistischen GemeinderätInnen aus Umea in Schweden. Der Kampf für

die Selbstbestimmung der Frau muss international geführt werden und wird sein Ende erst in einer sozialistischen Gesellschaft finden können. Das meint auch der sozialistische Abgeordnete Joe Higgins aus Irland und schreibt uns: „Obwohl Abtreibung in Österreich legal ist, zeigt das Beispiel der Lucina-Klinik, dass dieses Recht beständig verteidigt werden muss.“

Rassismus konkret

„4 Schwarze = Alarmstufe 1“

(Austro-)AfrikanerInnen sind dem Rassismus in Österreich schon seit jeher ausgesetzt. In den konkreten Beispielen geht es um Abweisungen vor Lokalen und alltägliche Schikanen durch die Polizei. Die Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas bekommen diskriminierte Minderheiten noch deutlicher zu spüren. Herr Razaq Anifowshie will das nicht hinnehmen. Franz Breier jun. fasste das Gespräch mit ihm zusammen.

RA: Ich komme aus dem Norden Nigerias und lebe seit 10 Jahren in Österreich, arbeite als Englisch-Lehrer und bei einer Wertpapier-Firma an der Börse in Wien. Ich und meine Freunde sind schon oft vor Pubs und Clubs abgewiesen worden, aber letzten Samstag vor der „kju-Bar“ im 19. Bezirk war es besonders schlimm. Wir durften, obwohl gut gekleidet, nicht hinein, „weil wir schwarz sind“. Zwei der Türsteher dieser Bar sind selbst schwarz. Wie können sie hier mitspielen? Sie sagen, sie brauchen halt das Geld und der Chef will keine Schwarzen im Lokal. Ich habe verlangt, mit dem Chef zu spre-

chen. Der sagte offen: „ja, weil sie schwarz sind“. Das ist mir und Freunden bereits in einigen Lokalen im Bermudadreieck und auch im 6. Bezirk passiert. Oft darf man nicht rein, weil man „keine Mitgliedskarte“ hat. Das ist man gewohnt; aber so offen ... das entsetzt.

Unter den hier lebenden AfrikanerInnen gibt es einen Mangel an Selbstvertrauen. Man hat Jobangst und spürt den Druck, z.B. auch vom Vermieter. Es gibt keine Organisation der Betroffenen und es gibt auch Spannungen innerhalb. Eine wichtige Teilung ist die zwischen denen, die schon die österreichi-

sche Staatsbürgerschaft haben und denen, die dies nicht haben. Viele trauen sich nicht, sich zu wehren.

Freunden von mir ist folgendes passiert, als sie zusammen zu einem Fest außerhalb Wiens fahren wollten. Für die Polizei sind 4 Schwarze in einem Auto Alarmstufe 1. Sie verfolgten das Auto und stopten es (ohne Grund wie Verkehrsübertretung) mit Sirene und Blaulicht. Für die Bevölkerung muss ja der Eindruck entstehen, dass da wohl was dran ist, wenn dauernd Schwarze kontrolliert und angehalten werden. Ich selbst werde überdurchschnittlich oft kontrolliert, wenn ich in einem Auto sitze. Ich bin bereit, diese Dinge öffentlich zu machen und mich zu wehren.

Vorwärts: Danke für das Gespräch.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn 1000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungs Offensive.
- Nein zur Wohnungsnot!
Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen.
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.